



## Beitrag des deutschen Ratsvorsitzes



*Claudia Dörr-Voß, Beamtete Staatssekretärin für Europa im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie*

Die Bewältigung der COVID-19-Pandemie wird die am 1. Juli 2020 beginnende deutsche EU-Ratspräsidentschaft entscheidend prägen. Getreu unserem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ haben wir uns als Vorsitz des Rates der Europäischen Union zum Ziel gesetzt, die EU erfolgreich aus der Krise zu führen, ihr volles wirtschaftliches Potenzial wiederherzustellen und gleichzeitig die europäische Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Darüber hinaus gilt es, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen und die Resilienz der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zu fördern.

Um diese Ziele zu erreichen, ist es wichtig, dass sich die EU zügig auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen verständigt, den Binnenmarkt vollständig wiederherstellt und die wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung und des Europäischen Grünen Deals konsequent ergreift.

Unsere Industrie und die vielen kleinen und mittleren sowie familiengeführten Unternehmen wollen wir für die Zukunft rüsten. Wir wollen die digitale und technologische Souveränität Europas stärken. Zugleich gilt es, den multilateralen Handel zu stabilisieren und die Handelsbeziehungen der EU zu diversifizieren.

Wir wollen eine positive Diskussion über Globalisierung und internationale Wertschöpfungsketten führen. Dazu gehört auch das Thema nachhaltige Lieferketten. Wir wollen außerdem die Europäische Säule Sozialer Rechte und die Jugendgarantie weiter umsetzen und unterstützen die Entwicklung eines EU-Rahmens für nationale Mindestlöhne.

Als Ratspräsidentschaft machen wir uns konsequent stark für Rechtsstaatlichkeit und unsere gemeinsamen europäischen Werte.

Die deutsche Ratspräsidentschaft dankt dem EWSA für seinen Beitrag, der organisierten Zivilgesellschaft eine Stimme zu geben. Wir freuen uns auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im kommenden Halbjahr – und darüber hinaus.

## EWSA-Stellungnahmen auf Ersuchen des Ratsvorsitzes

- Neufassung der Territorialen Agenda der EU, der Leipzig-Charta und der EU-Städteagenda
- Rolle der EU-Struktur- und Kohäsionspolitik beim intelligenten und innovativen wirtschaftlichen Wandel
- Die Stärkung der gemeinnützigen Sozialunternehmen als wesentliche Säule eines sozialen Europas
- Digitalisierung und Nachhaltigkeit – Status quo und Handlungsbedarf aus Sicht der Zivilgesellschaft
- Nachhaltige Lieferketten und menschenwürdige Arbeit im internationalen Handel
- Integration von Frauen, Müttern und Familien mit Migrationshintergrund in den EUMitgliedstaaten und Zielsprachniveaus für die Integration
- Diversity Management in den EU-Mitgliedstaaten
- Grundsätze für öffentliche Dienstleistungen (im Sinne von öffentlichen Bürgerdiensten, öffentlicher Verwaltung), die konkret zur Stabilität der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (Demokratie und Rechtsstaatlichkeit) in den EU-Staaten beitragen
- Sozialer Dialog als wichtiger Pfeiler wirtschaftlicher Nachhaltigkeit und Resilienz von Volkswirtschaften unter Berücksichtigung des Einflusses eines lebendigen zivilgesellschaftlichen Dialogs in den Mitgliedstaaten
- Gute Arbeit in der Plattformökonomie



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99  
1040 Bruxelles/Brussel  
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen  
EESC-2020-24-DE

[www.eesc.europa.eu](http://www.eesc.europa.eu)

© Europäische Union, 2020

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Für die Verwendung oder Reproduktion der Fotos / Abbildungen muss die Genehmigung direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden: © Shutterstock.com  
Titelseite: © Architecture: Art & Build + Atelier d'architecture Paul Noël



Print:  
QE-03-20-285-DE-C  
ISBN 978-92-830-4771-1  
doi:10.2864/691101

Online:  
QE-03-20-285-DE-N  
ISBN 978-92-830-4772-8  
doi:10.2864/925113

DE



## Die Tätigkeiten des EWSA während des deutschen EU-Ratsvorsitzes



Juli – Dezember 2020



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss



# Geleitwort des Präsidenten

Luca Jahier, Präsident des EWSA

## Der deutsche Ratsvorsitz sollte den Weg für eine Erholung Europas mit Investitionen in eine Gesundheitsstrategie ebnen

Im zweiten Halbjahr 2020 übernimmt Deutschland den turnusmäßig wechselnden Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

Der deutsche Ratsvorsitz fällt in eine Zeit, in der die Europäische Union vor beispiellosen Herausforderungen steht. Das Programm und die organisatorischen Möglichkeiten Deutschlands sind zwar von der COVID-19-Krise stark beeinträchtigt, doch besteht allgemein der Wunsch und die politische Dynamik, vom „Business as usual“ abzukommen und den Wandel als Chance zu begreifen.

Wir müssen Ängste in Hoffnung verwandeln, indem wir die Umstellung auf eine nachhaltigere Produktion und einen nachhaltigeren Verbrauch beschleunigen und zugleich ein wettbewerbsfähiges Umfeld schaffen, in dem die Unternehmen neu durchstarten und sich an die Spitze der Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft setzen können, und zwar so, dass niemand zurückgelassen wird. Wenn es eine Lektion gibt, die wir in nur wenigen Wochen nach dem Ausbruch der Pandemie gelernt haben, dann diese: Beim Wiederaufbau Europas müssen wir die Gesundheitsversorgung fest im Blick haben.

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass der Start der Konferenz zur Zukunft Europas heute mehr denn je eine Priorität ist. Dies wird das enorme soziale und politische Kapital konsolidieren, das in den letzten Monaten aufgebaut wurde, und die demokratische Legitimität der EU verbessern, auch unter Berücksichtigung der Beiträge der organisierten Zivilgesellschaft.

Die Art und Weise, wie wir unsere Gesellschaft umgestalten, ist entscheidend nicht nur für die Zukunft der EU, sondern auch für die Zukunft der Welt. Mangelndes Verantwortungsbewusstsein oder die Unfähigkeit zu raschem Handeln könnten zur Implosion Europas und zur Schwächung der Weltordnung, dem Wiederaufflammen von Konflikten und dem Ende vieler demokratischer Errungenschaften, auf die wir heute stolz sind, führen.

Der EWSA wird auch künftig der Stimme der Zivilgesellschaft Gehör verschaffen. Er wird den deutschen Ratsvorsitz in seiner Arbeit unterstützen, ein Europa zu schaffen, das heilt und schützt. Im Sinne der reUnaissance muss Europa wieder auf Solidarität, Unternehmertum und Nachhaltigkeit aufbauen.

Wir freuen uns auf die Arbeit mit dem deutschen Ratsvorsitz: Der EWSA ist bereit, mit vereinten Kräften an der Gestaltung und Umsetzung des Plans mitzuwirken, der uns in einem gestärkten Europa aus dieser Krise herausführt.

# Die Tätigkeiten des EWSA während des deutschen EU-Ratsvorsitzes



## Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt – ECO

- Die wirtschaftliche Reaktion auf die COVID-19-Krise und der Aufbauplan
- Schaffung besser integrierter und nachhaltigerer Finanzmärkte
- Ein mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027 als Beitrag zur Überwindung der COVID-19-Krise
- Eine intelligente und innovative Umgestaltung der Wirtschaft und eine neue territoriale Agenda und Städteagenda



- Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuervermeidung, Geldwäsche und Steueroasen
- Grünes Wachstum: Politische Vorschläge des EWSA zu Besteuerungsverfahren zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen
- Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum und Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des EuroWährungsgebiets, einschließlich nationaler Beiträge

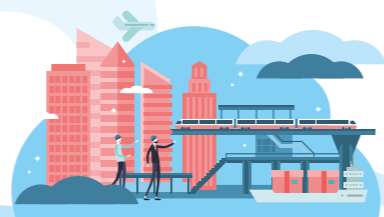
## Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch – INT

- Industriepolitik und KMU
- Sozialwirtschaft als wichtige Stütze der europäischen Wirtschaft
- Verbraucherpolitik
- Digitalisierung und künstliche Intelligenz
- Kreislaufwirtschaft



## Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft – TEN

- Digitale Souveränität Europas auf der Grundlage sicherer, geschützter und menschenzentrierter digitaler Lösungen
- Eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Energiewende, bei der niemand zurückgelassen wird



- Ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern im Energiesektor
- Entwicklung einer nachhaltigen, intelligenten und sauberen Mobilität
- Die Zukunft des EU-Luftverkehrs in und nach der Corona-Krise
- Universeller Zugang zu menschenwürdigem, nachhaltigem und langfristig erschwinglichem Wohnraum

## Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft – SOC

- Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte
- Zukunft der Arbeit, Arbeitsbedingungen in der Plattformwirtschaft, sozialer Dialog und Mindestlöhne
- Lebenslanges Lernen, Weiterbildung der Arbeitnehmer und grüne Kompetenzen
  - Gleichstellung von Frauen und Männern und Chancengleichheit
  - Sozioökonomische Inklusion von Migranten und Flüchtlingen
  - Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in der EU
  - Sozioökonomische Auswirkungen der COVID-19-Pandemie



## Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt – NAT

- „Vom Hof auf den Tisch“ – eine Strategie für eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung
- Klima: Europäisches Klimarecht, Europäischer Klimapakt, COP 26
- Engagement der Jugend für Nachhaltigkeit und Klimaschutz
- Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in der EU
- Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft
- Biologische Vielfalt als Schlüsselement des europäischen Grünen Deals



## Außenbeziehungen – REX

- Partnerschaft mit der Afrikanischen Union und der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten
- Vorbereitung und Überwachung des Beitritts (Westbalkanländer)
- Durchführung des institutionellen und nichtinstitutionellen zivilgesellschaftlichen Dialogs mit den Nachbarländern (Östliche und Mittelmeerländer)
- Handelspolitik (Multilateralismus und WTO, gemeinsame Anwendung wichtiger EU-Strategien – wie dem Grünen Deal – mit Partnerländern)



- Durchführung des institutionellen zivilgesellschaftlichen Dialogs mit wichtigen Handelspartnern (Japan, Südkorea, Kanada usw.)
- Stärkung des zivilgesellschaftlichen Dialogs mit wichtigen globalen Akteuren (China, Russland, Türkei)
- Förderung einer wirksameren regionalen und bilateralen Zusammenarbeit und einer modernisierten Partnerschaft mit Lateinamerika

## Beratende Kommission für den industriellen Wandel – CCMI

- Industriepolitische Maßnahmen der EU (einschließlich KMU) und Auswirkungen von COVID-19 auf Wirtschaft, Beschäftigung und Gesundheit
- Folgen des Kohleausstiegs für die betroffenen Regionen
- Sektorspezifische Dekarbonisierung als Beitrag zu den Klimazielen (z. B. Stahl-, Zement-, energieintensive Industrien)
- Überarbeitung der Maschinenrichtlinie
- Industrielle Auswirkungen der Digitalisierung auf die sich neu herausbildende Gesellschaft 5.0 und ihr Beitrag zu einem robusten Gesundheitssystem – eine durch COVID-19 verdeutlichte Notwendigkeit

